

Iko Chmielewski, Schulstr. 10, 26316 Varel

An alle Fraktionen

**Iko Chmielewski**

Schulstr. 10

26316 Varel

Telefon: 0 44 51 / 8 35 60

E-Mail: iko.chmielewski@ewetel.net

21.09.2019

### **Antrag „Sicherer Hafen Friesland“ – Konkretisierung der Ziele**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Antrag vom 25. April 2019 ist seit fast einem halben Jahr zur Beratung in den Fraktionen. Zum besseren Verständnis haben wir die Mindestziele noch einmal konkretisiert.

**Vorbemerkung:** Im Kern geht es darum, nicht zuzulassen, dass unsere europäischen Grundwerte, wie zum Beispiel die „Seenotrettung“, kriminalisiert werden. Es ist ein Stück weit verlogen, sich darüber aufzuregen, dass Italien Lebensretter zur Abschreckung als Verbrecher anklagt, die Europäische Union aber die Mittelmeerländer bei der berechtigten Forderung um Solidarität im Zusammenhang mit der anschließenden Aufnahme von geretteten Flüchtlingen zu Bittstellern macht. Es ist verlogen, sich hinter der schwerfälligen Bürokratie der Europäischen Union zu verstecken und als Zivilgesellschaft mit diesem Verhalten die Verrohung der Werte und Normen stillschweigend zu akzeptieren.

### **Minimale Ziele des Antrags in Anlehnung an die von der Seebrücke formulierten Ziele für einen „Sicheren Hafen“:**

1. Um zu signalisieren, dass die Menschen im Landkreis Friesland die schleichende Aushöhlung der Menschenrechte - wie beispielsweise das Refoulement-Verbot (ein völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem Geflüchtete nicht dort an Land gebracht werden dürfen, wo ihnen Folter, politische Verfolgung, Tod, menschenunwürdige Behandlung oder die Rückführung in solche Staaten droht und der in der Genfer Flüchtlingskonvention, in der UN-Antifolterkonvention sowie in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist) – nicht durch Untätigkeit akzeptiert, soll Friesland öffentlich bekannt geben, aus Seenot geretteten Menschen Schutz und Aufnahme zu gewähren, auch über den Königssteiner Schlüssel hinaus.
  - 1.1. Eine solche Absichtserklärung ist nur glaubhaft, wenn sie mit konkreten Vorbereitungen verknüpft wird. Hier kann der Landkreis entspannt auf seine Erfahrungen aus 2015 verweisen. Darüber hinaus sind die finanziellen Auswirkungen für eine eventuelle Aufnahme von geretteten Flüchtlingen für den Landkreis sekundär, da der Bund weiterhin den Großteil der Kosten übernehmen muss.
2. Zu einem „Sicheren Hafen“ gehört, dass der Landkreis eine gerechte Verteilung, eine legale Einreise nach Deutschland sowie eine legale Unterbringung der Geflüchteten lautstark einfordert, um die langwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Europäischer Union zu beschleunigen.

3. Die Seebrücke regt an, als Zeichen des aktiven Handelns auch eine Patenschaft für eine Seenotrettungsorganisation zu übernehmen, was für uns als Küstenanrainer ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Denkbar wäre hier aber auch eine Unterstützung der evangelischen Kirche – die ebenfalls nicht mehr tatenlos zuschauen will – bei der Finanzierung des Schiffs, das sie zur Seenotrettung ins Mittelmeer schicken möchte.  
<https://www.ekd.de/seenotrettung-evangelische-kirche-schiff-mittelmeer-49622.htm>

Inzwischen haben sich über neunzig Kreise, Städte und Gemeinden zu einem „Sicheren Hafen“ erklärt. Auch unser Nachbarlandkreis Wittmund hat dem Antrag am 27. Juni 2019 zugestimmt. Selbst wenn die jeweiligen Erklärungen lokal sehr unterschiedlich sind, so sprechen sich alle Ratsbeschlüsse gegen das Sterben im Mittelmeer und die Kriminalisierung der Seenotretter aus.

Weitere Ziele der Seebrücke können unserem Antrag bei Bedarf hinzugefügt werden:  
<https://seebruecke.org/wp-content/uploads/2019/01/Forderungen-Sicherer-Hafen.pdf>

Mit freundlichen Grüßen

Iko Chmielewski  
Agnes Wittke